

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Er erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Veranstalter: Verlagsanstalt Dr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Abkündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein- gefand 90 Pf. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen- gesuche. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragende Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. B.: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 169

Dresden, Donnerstag, 23. Juli

1925

Die Debatte über den Sicherheitspakt.

Sitzung des Reichstages vom 22. Juli.

Einziges Gegenstand der Tagesordnung ist die außenpolitische Aussprache, die mit verschiedenen Ergänzungstexten verbunden ist.
Außenminister Dr. Stresemann sagt aus: In meiner Reichstagsrede vom 18. Mai habe ich die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu der Frage der Sicherheit dahin angedeutet, daß eine Lösung ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland sein würde. Aus diesen Erwägungen haben wir die Regierung ergeben, daß wir uns positiv an der Lösung der Sicherheitsfrage beteiligen müssen. Das deutsche Memorandum hat seine Verantwortung durch die französische Note vom 16. Juni gefunden. Nachdem nun der Gesamtkomplex der Diskussion feststeht, darf man den Stand der Erörterung in wesentlichen folgenden Punkten zusammenfassen: Zweifelhaft ist die Stellung Italiens. Sie können der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich auch Italien an der Lösung des Problems beteiligt.

ihre in London übernommenen Verpflichtungen auch in Bezug auf die Räumung der Sanktionsstädte erfüllt werden und Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort eben als demnächst geräumt werden. (Zwischenruf links.) „Demnächst“ bedeutet, daß, wie das Ruhrgebiet, das Sanktionsgebiet innerhalb der vertragssmäßigen Zeit geräumt wird.
Die Nichträumung der nördlichen Rheingebiete zu dem uns zugesagten Termin vom 10. Januar hat in der öffentlichen Meinung bestimmte Zweifel und Bedenken wieder aufleben lassen. Nachdem die Note bekannt geworden ist, die uns von den Alliierten mit den angeblichen deutschen Verschulungen in der Entlohnungsfrage zugeestellt wurde, ist die Meinung, daß die noch offenen Restpunkte in der Entlohnungsfrage keinen Grund für die weitere Belegung der nördlichen Rheingebiete bieten, nur noch verhärtet worden. Die Reichsregierung hat auch keinen Zweifel darüber geäußert, daß sie die unendlich schweren Bedingungen für die

Entlohnung so weit als möglich zu erfüllen bereit sei. Wir haben eine Kommission eingesetzt, die mit besonderen Vollmachten ausgestattet ist. Was die Alliierten nach dem Versailler Vertrag fordern dürfen, ist zum Teil bereits ausgeführt, und wird zum Teil noch ausgeführt werden. Einige Fragen müssen noch prinzipiell ausgetragen werden, da nach unserer Meinung hier die Forderungen über das Vertragsmäßige hinausgehen. Auf die Dauer dürfen nicht Bedingungen von unerschütterlicher Schwere einer einseitigen Auslegung unterworfen werden. (Zurückweisung) Die Alliierten aber werden mit uns auch darüber einig sein, daß auch dieses Problem vorher mit dem Abschluß des großen Friedensvertragswerkes bereinigt werden muß.
Was in Frankreich in Bezug auf das deutsche Rheinland — nicht in der öffentlichen Meinung der gegenwärtigen Mehrheit des französischen Volkes — an Bedenken lag, die Rheinland-

frage in ganz anderer Weise als durch einen Sicherheitspakt zu lösen, der aus der Gewähr des Verbleibens des Rheinlandes bei Deutschland gibt, das werden Sie verstehen, wenn Sie aus dem Gelbbuch
die letzte Rede, die der Ministerpräsident Poincaré 1923 gehalten hat, betrachten. Poincaré hat Poincaré ganz offen ausgesprochen, welche Hoffnungen daraus hervorgehen würden, daß im Rheinland und in der Pfalz die separatistische Bewegung zum Siege gelangte. Er sagte:
„Die Befugnisse sind keineswegs gehalten, die Berliner Regierung gegen die Bildung neuer Staaten, gegen die Umbildung bestehender Staaten, ja auch gegen den Bruch der Reichseinheit zu schützen. Es ist zweifellos noch verfehlt, vorauszu- setzen, was sich jetzt aus diesen Zuständen entwickeln wird, aber im Rheinland und in der Pfalz scheint doch ein mächtiges Streben nach völliger Unabhängigkeit zu bestehen. Wir können früher oder später auf eine Änderung in der politischen Verfassung der besetzten Gebiete rechnen. Die Kammer wird begreifen, daß ich im Augenblick nicht mehr sagen kann über das, was im Werden ist. Ich muß in dieser Stunde hier zurückhaltend sein, aber niemand empfindet lebhafter als ich die Bedeutung dieser Angelegenheit für Frankreich.“ (Hört, hört!)

Die Aufnahme der Note bei den Alliierten.

Grundlage für die weitere Erörterung.

London, 22. Juli.
Keiner werde, in betrieblen unabhängigen Kreisen bestreite keine Meinung, den Inhalt der deutschen Sicherheitsnote im einzelnen zu erörtern, vor allem habe man noch keine Zeit gehabt, den Inhalt eingehend zu erwägen. Außerdem müßte die Note vollständig noch vom Kabinett behandelt werden. Daher werde Zurückhaltung beobachtet. Wenn auch die deutsche Mitteilung infolge gewisser Vorbehalte, die, wie man sich klar sei, vielleicht in manchen Fällen nicht ganz außer Zusammenhang mit der inneren Lage Deutschlands ständen, nicht als völlig befriedigend betrachtet werden könne, könne sie doch als Grundlage für die weitere Erörterung angesehen werden, da die deutsche Bereitschaft zu weiteren Besprechungen und seinem Wunsch, die Verhandlungen zu erleichtern, datiere. Der Wunsch, der sich auf den Fortschritt der Bewegung für den Pakt bezieht, und eine sofortige Erörterung anregt, sei sehr befriedigend. Es sei unmöglich zu sagen, welches der nächste Schritt sein werde. Selbstverständlich werde ein Meinungsaustausch zwischen den Regierungen stattfinden, und die weitere Entwicklung werde möglicherweise durch Erörterungen der Botschafter, die Arbeit von Sachverständigen und vielleicht sogar schließlich durch eine Konferenz gefördert werden. Aber die ganze Sache erfordere eine Erwägung, auch wenn die Antwort an Deutschland nicht auf jeden Punkt eingeleite, der in der Berliner Note aufgelesen worden sei.

Wartfeine auf der Suche nach neuen Formen des Zusammenlebens.

London, 23. Juli.
Die „Times“ führen in einem Leitartikel aus: Die deutsche Note zur Sicherheitsfrage eröffne eine lange Periode von Erörterungen. Es sei wichtig, daß sie auf jeden Fall den Weg zu Verhandlungen weit offenhalte. Weit davon entfernt, die französischen Fragen dazu auszuweichen, ein Zeitstücken über unklare Punkte des Völkerrechts zu beginnen, erfülle die deutsche Note, was der Frage Antwerp versprochen, der die deutsche Regierung bewegen habe, die Februarvorschläge zu machen. Die ursprünglichen deutschen Vorschläge seien ein „zitternder Schrei in der Nacht“ gewesen. Das diplomatische Verfahren von Frage und Antwort, zu dem sie führten, sei wie eine Unterhaltung mit „heiligen Stimmen“ über eine Klust von gegenseitigen Mißverständnissen hinweg. Es sei sehr wohl im Interesse, eine sehr hitzige Verhandlung, Krieg, gefährliche Hoffnungen und Argwohn, jedoch es werde auch einem Tag dauern werden, um von neuem die Sprache des Vertrauens zu finden. Es sei ein sehr großer Gewinn, daß die Unterhaltung über die Sicherheitsfrage begonnen habe. Die Befehle werden darüber, daß die Verhandlungen bisher langsam fortgeschritten seien, seien nicht begründet. Der Unterschied in den Stimmungen der Länder West- und Mitteluropas vor 18 Monaten und jetzt sei erstaunlich. Das Ruhrgebiet werde jetzt vollständig geräumt und innerhalb sehr kurzer Zeit würden sogar die Sanktionsstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort von den fremden Truppen befreit sein. Die Ruhrbesetzung und alles, was sie in sich geschlossen habe, sei so gut wie zu Ende. Die französische Note und die deutsche Antwort seien Marksteine auf der Suche nach neuen Formen des Zusammenlebens. Besont werden müßte, daß beide eine aufrichtige Bemühung darstellten, die Klust unermittelter Mißverständnisse zu überbrücken. Das praktische Ergebnis würde sein, daß „aktive Verhandlungen“ für den Abschluß eines Sicherheitspaktes auch wirklich möglich seien.

Zahlreiche französische Vorbehalte.

Paris, 22. Juli.
Zur Prüfung der deutschen Sicherheitsnote beauftragte Briand den französischen Botschafter in London, Chamberlain die zahlreichen Vorbehalte der französischen Regierung zu unterbreiten. Die französischen Vertreter in Warschau und Prag wurden ebenfalls beauftragt, die polnische bzw. tschechoslowakische Regierung zu unterrichten, daß, wenn auch die Antwort Deutschlands die Eröffnung von Verhandlungen gestalte, sich dennoch daraus einige Gegenstände zur französischen Auffassung ergeben, einmal hinsichtlich der Auslegung des Art. 16 des Völkerbundespaktes, der das Vorgehen der amfessionen Staaten im Falle eines Konfliktes regelt, und andererseits hinsichtlich der deutschen Vorbehalte bezüglich des Schiedsgerichtsverfahrens.
Zur deutschen Sicherheitsnote schreibt der „Temp“: Es ist nicht zweifelhaft, daß das Abkommen nicht das enthalte, was man die Eröffnung von Verhandlungen nennen

Das Februar-Memorandum für das Kabinett nicht bindend.

ei. (Zuruf rechts: Sehr richtig! Hört, hört! links.) Das Memorandum sei abgehandelt worden, bevor die Kollegen des Herrn Stresemann davon Kenntnis erhalten haben. Danach muß man annehmen, daß das Memorandum im besten Falle eine Gewächtsstütze für die deutschen Vertreter im Ausland über die Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten sein sollten. Graf Bieharp ist ja auch durch den Minister des Innern Herrn Schiele unterstützt worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)
Sie können versichert sein, daß wir nicht etwa dem Wunsch haben, hier einen Punkt zu suchen, an dem wir den Hebel zum Sturz des Kabinetts ansetzen könnten. In aller Vertraulichkeit will ich Ihnen mitteilen (Große Heiterkeit), daß wir vollen Verständnis für die Zweckmäßigkeit haben, die Deutschnationalen jetzt nicht aus der Verantwortung herauszulassen.
Ihre Regierungstätigkeit wird je länger je mehr zu einem lehrreichen Nachschauungsunterricht für die Wähler.

Den Kernpunkt des Vertragswerks bildet der Garantie-Pakt.
Neben diesem Punkt, über den ein vorläufiges Einverständnis festgestellt werden kann, bestehen noch einige bedeutsame Punkte, insbesondere der Ausbau der Schiedsverträge, die Zielsetzung, die Deutschland innerhalb des Völkerbundes einnehmen muß. Bezüglich in Bezug auf diese Fragen, daß die sachliche Kritik, die unsere Note an den Vorschlägen der Alliierten enthält, die sachliche Förderung dieser Fragen zur Folge haben wird. Wir lehnen den Gedanken ab, daß innerhalb des Schiedsgerichtsverfahrens der Sekundant gleichzeitig Schiedsrichter sein muß. Die deutsche Regierung wendet sich gegen den Versuch, das Schiedsgerichtsverfahren zu ersetzen durch das subjektive Ermessen des einzelnen Staates. Diese sachliche Darlegung des deutschen Standpunktes hat in Paris und London volle Würdigung gefunden.
Die deutsche Antwort bildet die Grundlage für weitere Erörterungen.
die, wie wir hoffen, zu Verhandlungen führen werden. Wir dürfen uns der berechtigten Hoffnung hingeben, zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Wenn nicht alles klappt, so besteht auch für die Fortsetzung dieser Erörterungen die Atmosphäre der Londoner Konferenz die schon einmal zur Lösung des Reparationsproblems beigetragen hat. In dieser Erwartung befindet sich die bedeutende Tatsache der Räumung des Ruhrgebietes noch vor dem vertragssmäßigen Termin.
Ich stehe nicht an, der Verneinung darüber Ausdruck zu geben, daß die französische und deutsche Regierung um ihrerseits guten Willen zu zeigen, die vollständige Räumung des Ruhrgebietes vor dem Termin des 16. August durchzuführen werde. Die französische und die deutsche Regierung haben sich in dieser ihrer Ansicht, die Londoner Vereinbarung hierüber anzuerkennen und noch vor dem 16. August bereits das Ruhrgebiet zu räumen, nicht lösen lassen durch die freundschaftlichen Bemühungen des Grafen Reventlow, der nachzuweisen suchte, daß der grundsätzliche französische Text die Befugnisse der Befugnisse überhaupt nicht verleihe, die bis zum 16. August zu räumen, sondern lediglich am 16. August zur Räumung fortzuschreiten, aber diese Räumung vollkommen in ihr Verbleiben stellt. (Lebhafte Lärme und Rufe: Unwort! Graf Reventlow hat behauptet, daß lediglich durch eine falsche Übersetzung des zuständigen Amtes die deutsche Öffentlichkeit getäuscht worden sei.)
Wenn in diesen letzten Wochen das Kommissariat Amt und die Deutsche Reichsregierung ihre ganzen Anstrengungen darauf richteten, die Räumung zu sichern, und wenn in dieser Zeit ein deutscher Reichstagsabgeordneter hier vor der Öffentlichkeit aufzutreten konnte, daß es entsetzt einen eine große Unruhe. — Lebhafter Rufe: Hört! Hört! Hört! gegen die Alliierten, die ihrerseits zu Gegenfragen antworten. Die Unruhe wird erst durch die Worte des Präsidenten allmählich beschwichtigt) die Befugnisse nicht gezwungen werden können, das besetzte Gebiet zu diesem Termin zu räumen, so ist das einmal vollkommen falsch und zweideutig.
zum Standpunkt der nationalen deutschen Interessen unerträglich.
(Lebhafte Rufe im ganzen Hause.) Die Verneinung über die Bereitwilligkeit zur Räumung des Ruhrgebietes wird dadurch bedingt, daß die Alliierten